
Medien und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Welche Leistungen öffentlicher Kommunikation braucht eine demokratische Gesellschaft?

Ralph Weiß und Olaf Jandura

1 Entfaltung demokratischer Vielfalt oder Erosion kommunikativer Grundlagen der Demokratie?

Kommunikationsräume und -ströme vervielfältigen sich weiter und werden in ihrer thematischen Substanz und in ihrer sozialen Konfiguration heterogener. Die Angebote professioneller Medien fungieren teils als Arenen öffentlicher Kommunikation, teils werden sie dekomponiert und als Elemente sozialer Netzwerkcommunication rekonfiguriert. Zugleich wandeln sich die Grundlagen für den Journalismus und in der Folge auch seine Leistungen. Einer geläufigen Formel zufolge lässt sich der Journalismus über eine Reihe von gesellschaftlichen Funktionen beschreiben: Er stellt Themen für die gesellschaftliche Anschlusskommunikation bereit. Er informiert dabei über das für alle relevante Geschehen in Politik und Gesellschaft. Damit schafft er Grundlagen für die freie Auseinandersetzung von Meinungen und Positionen und ist auf diese Weise für die Demokratie „schlechthin konstituierend“. So in etwa sieht das Bild aus, das Kommunikationswissenschaft, Medienrecht und -politik und die Profession selbst annähernd übereinstimmend von den Leistungen des Journalismus zeichnen. Aber kann er sie noch erbringen? Durch die Digitalisierung erwächst den traditionellen Medien neue, massive Konkurrenz im Kampf um Publikumsaufmerksamkeit und Werbegelder. Weil beide zunehmend ins Internet abwandern, schwinden die ökonomischen Ressourcen für klassischen, hochwertigen Journalismus, für den die Rezipienten aufgrund der „Gratismentalität“ im Netz zudem immer weniger zu zahlen bereit sind. Der durch das Internet steigende Aktualitätsdruck beschneidet zugleich die Zeit für sorgfältige, umfassende Recherchen – obwohl die Orientierungsleistung des Journalismus angesichts der Informationsflut und der immer zahlreicheren nichtpublizistischen Angebote wichtiger denn je wird (Pöttker 2013; Jarren, Künzler & Puppis 2012). Diese Entwicklungen schlagen sich in einigen Ländern, beispielsweise der Schweiz,

bereits jetzt in einer sinkenden Qualität publizistischer Medienangebote nieder, was sie zum gesamtgesellschaftlichen Problem werden lässt (fög 2014).

Was also bedeuten solche Veränderungen in den Kommunikationsroutinen der Gesellschaft? Der folgende Beitrag diskutiert diese Frage mit Blick auf die Bestandsbedingungen für eine demokratische politische Ordnung. Den Ausgangspunkt bildet eine Vergewisserung, die auf die Theorie der Demokratie zurückgeht, um zu prüfen, ob sich aus der politischen Verfassung demokratischer Gesellschaften Funktionen gesellschaftlicher Kommunikation ableiten lassen, die – wie auch immer – realisiert werden müssen, wenn diese Verfassung erhalten bleiben soll. Mit Blick auf diese Leistungen sollen die Fragen herausgearbeitet werden, deren Beantwortung besser unterscheidbar machte, inwieweit es sich bei Phänomenen der Heterogenisierung um eine wünschenswerte oder unproblematische Diversifikation gesellschaftlicher Kommunikation oder aber um eine Erosion der kommunikativen Grundlagen einer Demokratie handelt.

2 Öffentlichkeit ist eine Schlüsselkategorie der Moderne (Imhof 2003)

Die Klärung des Begriffs und die Entfaltung seiner Bestimmungen bilden daher einen geeigneten Ausgangspunkt, um die Bedeutung der Heterogenisierung gesellschaftlicher Kommunikation qualifizieren zu können. Mit dem Begriff der Öffentlichkeit verbindet sich die „wirmächtigte Utopie der Menschheit: Die Idee, dass die freie öffentliche Kommunikation dem Menschen den ‚logos‘, also Vernunft, Sinn und eine entsprechende Gesellschaft ermöglicht“ (Imhof 2013, 9). Denn in den Bestimmungen der Öffentlichkeit verbinden sich zwei Prinzipien, die seit der Aufklärung für das gesellschaftliche Leben und die politische Verfasstheit moderner demokratischer Gemeinwesen konstitutiv geworden sind (Imhof 2003, 193f.). Das Prinzip der *Volkssouveränität* verpflichtet die Inhaber politischer Macht darauf, als Organe des Willens der Regierten, resp. einer Mehrheit unter ihnen, zu agieren. Dafür ist eine Sphäre öffentlicher Kommunikation nötig, in der die Inhaber von Macht Rechenschaft vor einem Bürgerpublikum ablegen, das die Geltungsansprüche der Begründungen für Politik vor dem Hintergrund seiner lebensweltlich grundierten Auffassungen des Wichtigen und Richtigen prüft und beurteilt (Marschall & Weiß 2011). Diese Legitimierung von Politik ist ein unabschließbarer Prozess (Sarcinelli 1998). Damit er gewährleistet ist, müssen die dafür nötigen kommunikativen Voraussetzungen – das Beschaffen, Prüfen und Bereitstellen von Informationen, die für Transparenz und kritische Bewer-

tung sorgen – durch darauf spezialisierte Organisationen auf Dauer bereitgestellt werden (Jarren 2008). Darüber hinaus müssen sie für alle Teile der Bürgerschaft verfügbar sein und von allen genutzt werden. Denn das Prinzip der Legitimierung fußt auf dem Einschluss aller Bürgerinnen und Bürger, die mit gleichem Recht an der Regelung der Belange aller teilhaben. Wo erhebliche Teile der Bürgerschaft aus diesem Prozess ausgeschieden sind, weil sie sich ausgegrenzt finden oder von sich aus keinen Zugang sehen, ist eine Demokratie „defekt“.

Das zweite elementare Prinzip, das seit der Aufklärung für die gesellschaftlichen Verhältnisse konstitutiv geworden ist und die Öffentlichkeit zu einer Schlüsselkategorie für ihr Verständnis macht, ist die *Rationalisierung*. Zur Freiheit des Bürgers gehört es, dass er keine anderen Geltungsansprüche akzeptieren muss als solche, die ihm aus Gründen der Vernunft um seiner selbst willen einleuchten. Rational ist ein Handeln, das auf objektivem Wissen um seine Voraussetzungen und seinen Inhalt gründet, bei dem sich das Individuum selbst als das freie Subjekt seines Tuns weiß und das auf den arbeitsteiligen sozialen Zusammenhang des eigenen Tuns mit demjenigen von Gleichen eingestellt ist. Auch politische Entscheidungen, die alle etwas angehen, weil alle von ihnen betroffen sind, müssen diesem Anspruch standhalten, mit Vernunftgründen als eine rationale Wahl zum Besten aller eingesehen werden zu können, wenn das Prinzip der Freiheit nicht unterlaufen werden soll.

Nun differieren die Auffassungen freier Bürger über das Wichtige und Richtige mit der Heterogenität ihrer Lebenslagen. Die öffentliche Kommunikation ist die Sphäre, in der diese Heterogenität für die Bürgerschaft selbst wahrnehmbar wird. Sie ist zugleich der soziale Raum, in dem Interessen in Vorschläge für Regelungen zum Wohle aller transformiert werden, welche miteinander darum konkurrieren, Folgebereitschaft für die eigene Position zu schaffen, indem entgegenstehende Erwägungen als falsche oder nicht zustimmungswürdige Positionen diskreditiert werden.¹ Indem die öffentliche Debatte die freien Bürger mobilisiert, um ihrer eigenen Interessen willen Argumente zu produzieren, die ihre Idee für das Wohl aller mit guten und zustimmungswürdigen Gründen versehen oder entgegenstehende Argumente als schlechte Gründe erweisen, etabliert sie den sozialen Mechanismus, der die Grundlage dafür schafft, dass politische Entscheidungen rational getroffen werden. Nach dem Verlust metaphysischer Gewissheiten ist diese prozedurale Bürgerschaft die einzige Grundlage der Rationalität (Habermas 1988).

Dieser Modus öffentlicher Kommunikation unterstellt, dass sich die Bürger als Mitglieder einer Gemeinschaft begreifen und behandeln, welche im Nationalstaat

1 In diesem Prozess bewahrheitet sich die Freiheit der Bürger. Darin stimmen die republikanische und die liberale Tradition des Demokratieverständnisses überein (Glasser 2009, 94, 96).

das Mittel der Gestaltung ihrer gesellschaftlichen Beziehungen hat, an dem alle mit gleichem Recht teilhaben können. Diese „Rechtsgemeinschaft“ (Imhof 2013, 10) wird durch öffentliche Kommunikation erst als solche für sich wahrnehmbar und als soziale Entität wirksam. Insofern schafft öffentliche Kommunikation diese Gemeinschaft auch. Der Begriff der Öffentlichkeit schließt daher als dritte elementare Bestimmung auch die Idee ein, dass mit ihr eine Sphäre der *Integration* geschaffen wird, in der heterogene Kommunikationsströme aus verschiedenartigen Kommunikationsarenen so miteinander vermittelt werden, dass die Bürgerschaft *für sich* als soziale Gemeinschaft konstituiert wird. Dazu gehört, dass die Vielfalt der Thematisierungen zu einer milieu- und arenenübergreifend synchron bearbeiteten Agenda fokussiert wird, auf deren Grundlage erst die Auseinandersetzung um das Richtige geführt werden kann. Darüber hinaus müssen die heterogenen Positionen und Perspektiven in ihren Geltungsansprüchen wechselseitig füreinander wahrnehmbar und verstehbar werden; denn nur dann kann sich im Zuge dieser Auseinandersetzung jenseits der Konkurrenz der Positionen ein gesellschaftlicher Konsens darüber reproduzieren, welche politischen Bestrebungen grundsätzlich legitim und welche Formen der zivilen Konfliktaustragung von allen akzeptiert sind. Ein solcher Konsens bildet die Grundlage für das Gelingen der Legitimierung von Politik.

Die Theorie der Öffentlichkeit weist der Sphäre öffentlicher Kommunikation eine konstitutive Bedeutung für moderne Demokratien zu. Erst vermittelt öffentlicher Kommunikation wird das Prinzip der Volkssouveränität in einer nicht nur formellen, sondern auch substantiell gehaltvollen Weise wahr gemacht. Erst öffentliche Kommunikation schafft die Grundlage dafür, dass sich die Bürgerschaft als das Subjekt demokratischer Politik begreifen und konstituieren kann. Legitimierung, Rationalisierung und Integration sind die allgemeinsten Bestimmungen für die Leistungen öffentlicher Kommunikationsprozesse, von denen die Funktionsfähigkeit einer Demokratie abhängt.

Der Versuch, aus diesen elementaren Bestimmungen *Standards* für die Qualifizierung öffentlicher Kommunikationsprozesse abzuleiten, führt in die „Plethora“ (Strömbäck 2005, 333) der Kataloge von Qualitätskriterien hinein. Die Vielzahl der Konzepte geht auf die Pluralität demokratietheoretischer Konzeptionen zurück, aus denen je unterschiedlich akzentuierte Standards für die Performanz der Öffentlichkeit hergeleitet werden (Glasser 2009, Ferree u. a. 2002, Jandura & Friedrich 2014, Strömbäck 2005). Wir wollen demgegenüber zu den Kernbestimmungen zurückfinden, die diesseits der Differenzierung in verschiedene Konzepte als Notwendigkeit für eine Demokratie nachgewiesen werden können. Diese Kernbestimmungen sind als Bezugspunkte für die Beurteilung entworfen, inwiefern Prozesse der Diversifikation und Heterogenisierung die kommunikativen Voraussetzungen

einer Demokratie berühren. Die Unterscheidung zentraler Dimensionen baut auf der Systematisierung bei Ferree u. a. (2002) und Jandura & Friedrich (2014) auf.

3 Die Sachdimension öffentlicher Kommunikation: Relevanz

Es liegt in der Natur der Sache, dass die öffentliche Kommunikation, sobald sie über den beschränkten Kreis sozialer Netzwerke hinausreicht, auf ein begrenztes Repertoire von Themen fokussiert und diese Agenda unablässig umwälzt. Es entspricht ferner der Erfahrung, dass sich dabei in den von Medien geschaffenen Foren das Spektrum der verhandelten Themen und die Art ihrer Behandlung ausdifferenziert, je nach dem publizistischen Programm, mit dem ein Medium sich ein Segment aus der sozial und politisch heterogenen Gesellschaft zu seinem Publikum machen will. Inwiefern lassen sich mit Blick auf diese permanent sich wandelnde und differenzierende Kommunikationslandschaft allgemeine Bestimmungen für den Sachgehalt öffentlicher Kommunikation finden, deren Notwendigkeit demokratiethoretisch begründet ist?

Da öffentliche Kommunikation eine Schlüsselrolle für die *Vermittlung* zwischen Macht und Bürgerschaft in repräsentativen demokratischen Systemen hat, lässt sich die inhaltliche Substanz öffentlicher Kommunikation mit Blick auf die Pole der Politikvermittlung näher bestimmen. Eine elementare Notwendigkeit besteht darin, für die *Transparenz* der Ausübung politischer Macht zu sorgen. Dass Problemdefinitionen und Entscheidungen politischer Akteure für alle Mitglieder eines politischen Gemeinwesens wahrnehmbar und beurteilbar gemacht werden, ist die Voraussetzung dafür, dass die Politik der Rechenschaftspflicht nachkommt, mit der das Prinzip der Repräsentation, der Delegation von Macht durch das Volk als Souverän, erst wahrgemacht wird (Ferree et al. 2002, 317f.). Darin liegt die „Legitimations- und Kontrollfunktion“ öffentlicher Kommunikation (Imhof 2013, 10). Daher müssen die Themen, die in den parlamentarischen Körperschaften auf die *politische Tagesordnung* gesetzt werden, auch in den Foren öffentlicher Kommunikation aufscheinen, wenn das Bürgerpublikum instand gesetzt werden soll, sich von Positionen und Handeln seiner Repräsentanten ein Bild zu machen. Das betrifft im Kern den Akt der Gesetzgebung als Abschluss der Phase der Kompromiss- und Entscheidungsfindung im Policy-Zyklus sowie die ihr unmittelbar vorausgehende Etappe des Streits über Entscheidungsalternativen.

Mit Blick auf das *Themenrepertoire* öffentlicher Kommunikation ist daher Folgendes zu klären: Wie kommen Themen aus dem politischen Prozess auf die Agenda

von Medien? Welche Themen gehen in die Medienagenda ein, welche nicht? Worin unterscheiden sich diesbezüglich die Medienagenden in verschiedenen Sektoren des Mediensystems? Wie selektiv werden die Themen der politischen Agenda in heterogenen Kommunikationsräumen jenseits der Medienarenen aufgegriffen? Was ist das Prinzip dieser Selektivität? Inwieweit teilen sozial differente Kommunikationsräume noch dieselben Themenagenden bzw. zwischen welchen Räumen gibt es Themenüberschneidungen? Um bei der Analyse von Themenrepertoires bestimmen zu können, ob und inwieweit öffentliche Kommunikation die Funktion erfüllt, für Transparenz zu sorgen, ist der Vergleich der Medienagenden sowie der Kommunikationsagenden in sozialen Netzwerken mit der Agenda des politischen Systems als *externem Maßstab* nötig.

Dabei ist freilich zu bedenken, dass die Politikagenda auch in Hinsicht auf ihre mediale Vermittelbarkeit ausgebildet wird. Das betrifft vor allem die Art der Darstellung und Vermittlung von politischen Positionen zu Themen. Es mag auch in begrenztem Maße für die Themen selbst gelten, die auf die Agenda gerückt werden. Allerdings ist der Bezug auf die Medienarenen nicht der einzige und auch nicht der ausschlaggebende Grund für den Problemhaushalt, den Politik bearbeitet. Das politische System nimmt über Kanäle der Interessenvertretung und über die Parteien als Agenturen der Interessenaggregation Problemdefinitionen auf. Das Aushandeln von Relevanzhierarchien und Problemlösungsoptionen erfolgt auf mehreren Ebenen – in Parteien, in parlamentarischen Lagern, in und mit der Bürokratie, in Netzwerken mit gesellschaftlichen Akteuren (Korte & Fröhlich 2004). Der Bezug auf die Medienarenen ist also nur *ein* bestimmendes Moment der Politik neben anderen. Gegen die Vorstellung, mit der Politikagenda habe man bereits ein Produkt der Medienagenda vor sich, spricht zudem, dass Medien die Themen nicht kreieren, wenn sie aus Ereignissen auswählen. Die Politikagenda hat eine eigene Konstitutionslogik. Politik wirkt von sich aus auf die Medienagenda ein, auf die sie sich dann als Bedingung politischen Handelns wiederum bezieht (Esser 2013). Es bleibt daher sinnvoll, nach dem *Verhältnis* zwischen Politikagenda und Medienagenda zu fragen. Denn daran entscheidet sich, inwieweit die medienvermittelte öffentliche Kommunikation für Transparenz sorgt.

Das gilt in gleichartiger Weise auch für den zweiten Bezugspunkt zur Analyse des Repertoires öffentlich in Umlauf gebrachter Themen, der sich aus öffentlichkeitstheoretischen Überlegungen ableiten lässt. Er besteht in der Bürgerschaft als dem zweiten Pol im Prozess der Politikvermittlung. Moderne Gesellschaften sind in ihren Erwartungen an und Bezugnahmen auf Politik stark differenziert. Themen und Entscheidungsoptionen, die es auf die parlamentarische Ebene geschafft haben, bilden demgegenüber nur einen kleinen, hoch selektiven Ausschnitt ab. In dieser Selektivität spiegeln sich die je aktuellen Relationen gesellschaftlicher

Machtungleichheit wider. Unterlegene, minoritäre und im politischen Raum kaum repräsentierte Problemsichten und Positionen haben aber einen legitimen Anspruch, im Prozess politischer Entscheidungsfindung mitzuwirken und für die Akzeptanz ihrer Positionen im politischen Gemeinwesen zu kämpfen.

Damit dieses *Teilhaberecht* auf unverkürzte Weise wahrgenommen werden kann, muss der Raum öffentlicher Kommunikation offen sein für Themen, die Akteure jenseits des politischen Macht- und Entscheidungszentrums der gesellschaftlichen Meinungsbildung vorlegen wollen. Partizipatorische Ansätze und kritische Theorien heben daher besonders die Bedeutung nicht-vermachteter, lebensweltlich grundierter Perspektiven in der öffentlichen Kommunikation hervor. Das hat eine soziale Dimension (welche Sprecher erhalten Zugang zu den Medienarenen – siehe 4.) und eine prozedurale Dimension (welche Äußerungsformen sind legitim und funktional – siehe 5.). Es spielt aber auch schon für die Sachdimension, d. h. für die Beurteilung des Themenangebots öffentlicher Kommunikation eine Rolle. Denn aus dem *Prinzip der Repräsentation* ergibt sich nicht nur, dass das Handeln der Agenten vor die Augen der Entsendenden gestellt und so verhandelbar gemacht werden muss. Es lässt sich aus ihm auch ableiten, dass gesellschaftlich zirkulierende Problemsichten öffentlich repräsentiert und so an das politische System als Bezugspunkt seiner Legitimierung herangetragen werden. Vor allem wird auf diese Weise für die Mitglieder eines politischen Gemeinwesens selbst erst erkennbar, welche politischen Bestrebungen in ihm virulent sind. Die in sich zerklüftete, in konkurrierende Bestrebungen differenzierte Bürgerschaft wird durch öffentliche Kommunikation erst vor sich repräsentiert und *für sich* transparent. Darin besteht die „Forumsfunktion“ öffentlicher Kommunikation (Imhof 2013, 10). Sie schafft die Grundlage für den Kampf der Meinungen. Daher fordert das partizipatorische Öffentlichkeitskonzept, dass Medien den öffentlichen Raum als „freien Marktplatz der Ideen“ einrichten (Ferree et al. 2002, 293, 297; Jandura & Friedrich 2014, 353f., 364f.), auf dem auch in der Machtkonkurrenz bisher unterlegene sowie machtferne, zivilgesellschaftliche Positionen Gelegenheit haben, um Zustimmung zu werben. Auch aus der liberalen Demokratietheorie abgeleitete Öffentlichkeitskonzeptionen gehen davon aus, dass die Vielfalt der politischen Bestrebungen in einer Gesellschaft durch die Präsenz organisierter kollektiver Akteure in unverkürzter Pluralität zum Vorschein kommen muss (Dahl 1989).

Die Bürgeragenden bilden den zweiten, in sich differenzierten *mediensexternen Bezugspunkt* für die Beurteilung, was öffentliche Kommunikation für die Vermittlung zwischen Politik und Bürgerschaft leistet. Wieder ist zu bedenken, dass die Vorstellung von Bürgern, was ihnen aktuell wichtig ist, von den Themen, die Medien an sie herantragen, beeindruckt und mit geformt ist. Dies gilt im Besonderen für Themen, die sich dem Erfahrungshorizont von Bürgern entziehen. Was Bürgern

wichtig und richtig erscheint, hat aber auch und vor allem in lebensweltlichen Erfahrungen seine Grundlage. Die Medienwirkungsforschung und in Sonderheit die Agenda-Setting-Forschung wissen darum, dass die Einflussmacht von Medien durch persönliche Betroffenheit, Erfahrungen und Einstellungen moderiert wird (Schulz 2009, 111). Die lebensweltliche Situierung der Menschen geht dem Mediengebrauch voraus, organisiert den Zugriff auf Medien, prägt die Verarbeitung ihrer Inhalte und begrenzt daher auch den Einfluss, der von Mediendarstellungen ausgeht.² Der Eigensinn der Lebenswelt macht die Vorstellungen der Bürger über das Wichtige und Richtige zu einem *eigenständigen* Bezugspunkt für die Beurteilung, was Medien davon öffentlich verhandeln.

Die Bürgeragenden sind heterogen. Denn die Vorstellungen, welche Themen für das Gemeinwesen aktuell wichtig sind, werden sich entlang der Verschiedenartigkeit von Lebenserfahrungen im Kontext sozialer Milieus und aufgrund der Unterschiedlichkeit weltanschaulicher Perspektiven in politischen Milieus sozial differenzieren. Mit Blick auf die von Medien formierte öffentliche Kommunikation ist dann zu bestimmen, wie breit oder segmentär die soziale Heterogenität von *Themenrelevanzen* in den Kommunikationsarenen repräsentiert ist. Dabei sollte sich auch zeigen, welche Rolle verschiedene Medien für die öffentliche Repräsentanz der Agenden unterschiedlicher Milieus spielen.

Mit der Vermessung von Inhalt und Breite des Themenrepertoires kann rekonstruiert werden, inwieweit zum Inhalt öffentlicher Kommunikation wird, was nach Maßgabe von Politikagenda und Bürgeragenden *Relevanz* hat und welchen Themen und Perspektiven die öffentliche Kommunikation Relevanz zumisst. Die Öffentlichkeitstheorien gehen darüber hinaus davon aus, dass mediale Arenen in einer Weise miteinander vernetzt sind, die einen integrierenden Kommunikationsraum schafft. Die Integrationsleistung besteht einerseits in der Synchronisation der Auseinandersetzung mit Themen sowie andererseits in der milieübergreifenden Vermittlung heterogener Perspektiven in Gesellschaft und Politik. Zur Analyse der Sachdimension öffentlicher Kommunikation gehört es daher auch zu prüfen, wieweit die *Konsonanz* im Repertoire und in der Darstellung einzelner Themen reicht. Werden die einschlägigen Leistungen verschiedener Kommunikationsarenen in Hinsicht auf das Spektrum von Themen und Positionen klassifiziert, kann auch beurteilt werden, inwiefern und in welchen Segmenten des Mediensystems es zu Einschränkungen in Hinsicht auf Transparenz und Vielfalt kommt. Der

2 Bennett und Iyengar plädieren daher – unter Verweis auf Ergebnisse der *selectiv exposure*-Forschung – für eine Analyse reziproker Prozesse, vermittels derer sich weltanschauliche Positionen im Gebrauch auf sie abgestimmter Informationsangebote reproduzieren (Bennett & Iyengar 2008, 724).

systematische Vergleich der Medienarenen offenbart, inwieweit das Desiderat eines integrierenden Kommunikationsraums erfüllt wird oder inwiefern sich segmentierte Kommunikationsräume ausbilden. Mit Blick auf die Integrationsfunktion öffentlicher Kommunikation ist von Belang: Inwieweit finden die Themenhorizonte verschiedener Segmente der Bevölkerung Eingang in die Kommunikationsarenen? Inwiefern sorgen diese Arenen für die wechselseitige Wahrnehmbarkeit der Welt- und Problemsichten unterschiedlicher Teile der Bevölkerung? Oder fungieren sie als Plattform für den Austausch Gleichgesinnter, der gegen Kommunikationsimpulse von außen abgeschlossen ist?

4 Die Sozialdimension öffentlicher Kommunikation: Pluralität

Öffentlichkeitstheoretische Überlegungen erklären übereinstimmend, dass die Vielfalt der im öffentlichen Diskurs vertretenen Positionen eine notwendige Grundlage demokratischer Politik ist (Ferree et al. 2002; Jandura & Friedrich 2014). Nur wenn konkurrierende Positionen in politischen Entscheidungsfragen, die heterogene Politikerwartungen in der Gesellschaft artikulieren, erkennbar eine Chance haben, im öffentlich ausgetragenen Ringen um politische Durchsetzung teilhaben zu können, ist eine Grundlage dafür geschaffen, dass das am Ende gültig gemachte Ergebnis als *legitim* betrachtet werden kann (Gastil 2008).

Die Ansätze differieren in der Auffassung, was notwendigerweise in diese öffentlich vermittelte Positionsvielfalt eingehen soll. Die liberale Öffentlichkeitstheorie fordert die Präsenz der organisierten politischen Akteure, die den parlamentarischen Körperschaften angehören. Diese sind durch den Grad der Zustimmung, der sie ihre parlamentarische Vertretung verdanken, in besonderer Weise als Repräsentanten gesellschaftlicher Meinungsströmungen autorisiert. Die herrschenden Fraktionen brauchen die Gelegenheit, sich vor dem Bürgerpublikum zu rechtfertigen, um ihre Macht zu sichern. Die oppositionellen Fraktionen brauchen die Gelegenheit, ihre Politikalternativen vor dem Bürgerpublikum vorzutragen. Nur dann bleibt die Chance auf einen Machtwechsel und damit die Offenheit für politischen Wandel, die zum Wesenskern einer Demokratie gehört (Jandura 2011, Schmidt 2010).

Partizipatorische und kritische Ansätze heben demgegenüber die besondere Bedeutung der Präsenz zivilgesellschaftlicher Akteure im öffentlichen Raum hervor. Sie erkennen darin ein Korrektiv gegen die Marginalisierung und Diskreditierung minoritärer Positionen, welche in der Logik der Techniken des Machterhalts dominierender Kräfte liegen (Ferree et al. 2002, 317f.). Darüber hinaus schreiben

sie den lebensweltlich fundierten Perspektiven zivilgesellschaftlicher Akteure das Potenzial zu, früher und authentischer als Akteure, die in die Regeln des Machtbetriebes eingebunden sind, Probleme artikulieren und an das politische System herantragen zu können. Daher fordern diese Ansätze, dass gegen die Tendenz von Medien, Akteuren mit hohem Machtstatus bevorzugt Relevanz zuzuschreiben, gerade den machtfernen Akteuren ein privilegierter Zugang zu den Arenen der Öffentlichkeit verschafft werden müsse. Erst mit der *Inklusion* von Akteuren jenseits der Sphäre der Macht könne ein Prozess allgemeiner Meinungs- und Willensbildung geschaffen werden, der die heterogenen gesellschaftlichen Problemsichten und Politikerwartungen tatsächlich in sich aufnehmen kann.

Aus diesen verschiedenen öffentlichkeitstheoretischen Ansätzen lässt sich übereinstimmend die Notwendigkeit ableiten, dass die *Vielfalt der Positionen* in öffentlichen Diskursen zum Vorschein kommen muss. Die theoretischen Kontroversen werden für die Beantwortung der Frage relevant, wann die notwendige positionsbezogene Vielfalt vorliegt. Was ist dafür ein angemessener *Maßstab*? Die Frage wird dadurch verkompliziert, dass je nach Politikfeld andere Akteure und Akteurskonstellationen relevant werden. Mit dem Wechsel der Themen verschiebt sich daher auch das Spektrum der relevanten und beachtenswerten Akteure. Dies gilt zwar für Parteien, die Optionen über das gesamte Spektrum der Policy-Bereiche entwickeln und vertreten, nur in eingeschränktem Maße (nämlich mit Blick auf die Themenfelder, in denen eine Partei keine Profilstärke hat oder sucht). Aber für Organisationen der Interessenvertretung und weitere zivilgesellschaftliche Akteure wird die Überlegung wirksam. Auch bezogen auf einzelne Themenfelder und für jedes differenziert stellt sich daher die Frage, wann von einer *angemessenen Repräsentation* von Positionen im öffentlichen Raum die Rede sein kann. Kann dann überhaupt ein Maßstab für die themenübergreifende Repräsentanz von Positionen gefunden werden?

Jandura (2011) geht von dem verfassungstheoretisch begründeten Prinzip der politischen Chancengleichheit als medienexternem Bezugspunkt für die Beurteilung aus, welche mediale Präsenz als angemessen gelten kann. Seine Überlegungen beziehen sich auf das Wählen und sind daher fokussiert auf die Betrachtung von Parteien. Jandura weist darauf hin, dass im politischen System der Bundesrepublik Deutschland das Prinzip „abgestufter Chancengleichheit“ praktiziert werde, das zwar Parteien nach Maßgabe ihres bisherigen Wahlerfolgs besser stellt, jedoch nicht streng proportional; vielmehr werden bisher unterlegene Parteien relativ zu ihrem Stimmengewicht privilegiert, um ihre Chance auf eine Umkehrung der Machtverhältnisse zu wahren (Jandura 2011, 5). Das gilt beispielsweise für den Vergabeschlüssel für die Redezeit im Bundestag oder für die Wahlwerbespots im öffentlich-rechtlichen Rundfunk (Jandura 2011, 8). Hier gibt es ein politisch

ausgehandeltes und verfassungsrechtlich konsolidiertes Maß für die gebotene Chancengleichheit der Parteien bei der Präsentation ihrer Positionen. Jandura schlägt daher eine praktische Analogie vor: Das politisch etablierte Maß kann als *Maßstab* für eine angemessene Repräsentation konkurrierender politischer Positionen im öffentlichen Raum herangezogen werden (Jandura 2011, 9; siehe auch Zerback 2013, 118f.).

Dieser Vorschlag greift für die Wahlkampfauseinandersetzung, die per se zwischen Parteien ausgetragen wird. Für Streitthemen der politischen Auseinandersetzung kann er als Orientierungspunkt für die Betrachtung der Relationen zwischen parteipolitischen Akteuren dienen. Er ist hier aber um die Betrachtung weiterer Akteure (Interessenverbände, Experten, Bürger) zu erweitern. Für deren angemessene Präsenz steht jedoch kein gleichartiger Maßstab zur Verfügung. Es wäre auffällig (aber kaum erwartbar), wenn diese Sprechertypen gar nicht vertreten wären. Doch für die Proportionen der Präsenz ist damit noch kein Beurteilungsmaßstab gefunden.

Um ihm näher zu kommen, könnte die Erinnerung helfen, welchen Sinn die Forderung nach einer Vielfalt von Akteuren hat. Damit verbindet sich die Erwartung, dass die Breite gesellschaftlich virulenter Politikpräferenzen unverkürzt in den Prozess der öffentlichen Auseinandersetzung um das Richtige eingehen kann. Dabei fungiert die Verschiedenartigkeit der Sprecher als Anzeichen für die Vielfalt in der *Substanz* der zu repräsentierenden Positionen – die Vielfalt der Problemdefinitionen und der Ideen für Problemlösungen. Die öffentlichkeitstheoretisch begründbare Erwartung richtet sich darauf, dass konkurrierende politische Haltungen in der öffentlichen Auseinandersetzung um politische Entscheidungsfragen repräsentiert sind. Denn das ist die Voraussetzung dafür, dass Bürger sich anhand der konkurrierenden Positionen ihre eigene Meinung bilden, so instand gesetzt werden, an dem politischen Ringen teilzuhaben und am Ende ihre Sicht der Dinge im öffentlichen Streit artikuliert finden. Die Befähigung zur Teilhabe (Orientierungsfunktion) und die Gelegenheit zur Teilnahme (Forumsfunktion) sind wesentliche Erwartungen an die Leistungen medienvermittelter öffentlicher Kommunikation. Sie bilden die Voraussetzung für ein Gelingen der Legitimierung von Politik im öffentlichen Raum.

Was für die „Ermächtigung“ zum kompetenten individuellen Urteil als notwendige kommunikative Grundlage angesehen wird, hängt davon ab, welches Modell für den Prozess der politischen Urteilsfindung und von *Bürgerkompetenz* den Überlegungen zugrunde gelegt wird. Bürger werden sich in der Auseinandersetzung mit einem öffentlich ventilierten Thema nicht (in jedem Fall) zum Experten in der jeweiligen Sache machen. Das ist schon aufgrund der Vielzahl der Policy-Bereiche, die für sie relevant sind, ausgeschlossen. Es liegt nahe anzunehmen, dass die

Meinungsbildung auf ein Urteil hinaus will, inwiefern von einem politischen Vorgang die eigenen Interessen berührt sind. Diese Interessen sind in eine politisierte Fassung gebracht, d. h. eingegliedert in eine übergreifende Idee guten Regierens. Eine für Laien erwartbare Heuristik des politischen Urteilens besteht demnach in der Einschätzung politischer Vorgänge und Positionen in Hinsicht auf politische Grundorientierungen. Porto formuliert auf dieser Basis sein „interpreting citizen model“ (Porto 2007). Die Kompetenz zu einschlägigen Urteilen erwerben Bürger dann, wenn die öffentliche Themendarstellung für sie nachvollziehbar macht, welche politische Werthaltung auf welche Weise affiziert ist – bestritten und betroffen gemacht oder bekräftigt und umgesetzt (Glasser 2009, 103; Porto 2007; Scheufele & Engelmann 2013; Schatz & Schulz 1992, 696).

Das gibt eine Richtung vor für die Klassifikation der Substanz der Themendarstellung, genauer gesagt für die Klassifikation, wie und *worin* einem Thema Relevanz zugewiesen wird und wie *plural* die Bedeutungszuschreibung aus verschiedenen politischen Perspektiven wahrnehmbar gemacht wird. An der Art der Themendarstellung ist dafür ausfindig zu machen, welche Grundideen für *Maßstäbe* guter Politik den Blickwinkel der Betrachtung formen (Gastil 2008).³

Für eine solche Analyse ist zunächst eine theoretisch begründete *Systematik von politischen Grundorientierungen* erforderlich. Die politische Soziologie geht gemeinhin von zwei Konfliktachsen mit jeweils dichotomen Grundorientierungen aus: eine marktliberale bzw. auf den individuellen Eigennutz ausgerichtete Orientierung steht einer sozialstaatlichen und egalitären Orientierung gegenüber, eine gesellschaftspolitisch libertäre und partizipative Orientierung steht in Gegensatz zu einer autoritären, auf die unbedingte Durchsetzung von Recht und Ordnung ausgerichtete Orientierung. Diese Unterscheidungen gehen auf Kitschelt (1994) zurück. Kriesi und Grande machen darauf aufmerksam, dass sich unterdessen eine dritte Konfliktlinie erkennen lässt: der Konflikt zwischen „integration“ und „demarcation“. Diese Konfliktlinie wurzelt in den eben beschriebenen politisch-ökonomischen und politisch-kulturellen Cleavages (Grande & Kriesi 2012, 4). Sie entsteht durch die Fortschreibung dieser etablierten politisierten Konflikte im Hinblick auf Phänomene der Globalisierung. Grande und Kriesi resümieren bisherige Studien zu Konflikten in sechs westeuropäischen Ländern in der Feststellung, dass – angetrieben insbesondere durch rechtspopulistische Parteien – die Politisierung des Gegensatzes von Gewinnern und Verlierern der Globalisierung etabliert worden ist und die Struktur politischer Auseinandersetzungen überformt (Grande & Kriesi 2012, 4). Höglinger u. a. untersuchen öffentliche Debatten als

3 Scheufele und Engelmann (2013) haben ein Konzept für die Analyse des *Value-Framing* vorgestellt.

Feld der Artikulation und Formierung des Grundkonflikts zwischen Integration und Abgrenzung. Sie zeigen dabei, wie Parteien ihre typischen Wertesynthesen auf das Feld der Globalisierung übertragen und so das Verhältnis von innen und außen, eigen und fremd als Konfliktlinie überhaupt erst politisieren (Höglinger, Wüest & Helbling 2012, 244, 252f.). Die vorliegenden Ergebnisse sprechen dafür, „Integration“ und „Abgrenzung“ als sinngebende Grundorientierungen und daher als elementare Strukturierungsprinzipien für die Konstruktion von Relevanzen zu berücksichtigen.⁴

Die normative Perspektivierung von Themen in den verschiedenen Medien- und Kommunikationsarenen lässt sich daraufhin befragen, inwieweit sie die in der Gesellschaft lebendige Vielfalt der Grundhaltungen gegenüber Politik in sich aufnimmt oder nur Segmente im Spektrum gesellschaftlich verbreiteter Grundhaltungen öffentlich repräsentiert. Als Bezugspunkt der Beurteilung steht die Beschreibung des gesellschaftlichen Tableaus politischer Grundorientierungen in großen Erhebungen der politischen Soziologie wie dem European Social Survey und dem World Value Survey zur Verfügung. Grundhaltungen machen den Kern heterogener „Civic Cultures“ aus; darunter versteht Dahlgren typische Formen der Wahrnehmung der Staatsbürgerrolle (Dahlgren 2005, 158f.). Mit einer vergleichenden Betrachtung ließe sich ein Urteil über die angemessene *Repräsentation der Vielfalt* und Heterogenität politischer Grundhaltungen in der Substanz der Berichterstattung gewinnen, das über die Diagnose der abstrakten Präsenz von Sprechertypen als bloßem Indiz für Pluralität und Vielfalt hinausgeht. Auf diese Weise kann dann auch näher bestimmt werden, ob bzw. inwieweit welchen Teilen der Bevölkerung durch die Qualitäten der Darstellung durchsichtig gemacht wird, inwiefern sie in ihren Grundhaltungen von einem politischen Vorgang betroffen sind, so dass sie damit Grundlagen für die „Ermächtigung“ zu einem eigenständigen politischen Urteil erhalten.

4 In enger Verbindung mit der Politisierung des Gegensatzes zwischen einem nationalstaatlichen „Innen“ und einem nicht-nationalen „Außen“ bzw. „Fremden“ steht ein weiteres elementares Strukturierungsprinzip: die Entgegensetzung zwischen dem „Volk“, das ethnisch konstituiert gedacht wird und in seinen angestammten Rechten missachtet sei, und der „Elite“, die ihre Macht auf irgendwie volksfremde Weise zum Nutzen Fremder oder ihrer selbst gebrauche. Diese Differenzsemantik ist für den Rechtspopulismus kennzeichnend (Decker 2004, 35f.; Scharsach 2002, 212) und gehört auch zu den Deutungsroutinen des Boulevardjournalismus (Donsbach & Büttner 2005). Sie charakterisiert ein Deutungsmuster, artikuliert aber keine eigene Grundorientierung, sondern legt eine autoritative in Verbindung mit einer auf „Abgrenzung“ zielenden Orientierung zu einem Weltbild aus. In gebräuchlichen Operationalisierungen der Autoritarismus-Dimension ist diese ideologische Figur abgebildet.

Darüber hinaus kann mit einer Klassifikation des Value-Framing in der Behandlung politischer Streitfragen entlang der gebräuchlichen Dimensionen der politischen Soziologie der Bezug zur politikwissenschaftlichen Klassifikation von Parteipositionen hergestellt werden, die auf ähnliche Weise erfolgt (Party Manifesto Data) (Budge 2001). Auf dieser Grundlage kann in einer weiterführenden, die Substanz der öffentlichen Kommunikation erfassenden Weise ermittelt werden, inwieweit die Vielfalt der Positionen der Parteien öffentlich repräsentiert ist. Ob bzw. inwieweit die Arenen öffentlicher Kommunikation als „Marktplatz der Ideen“ fungieren, auf dem Themen auf vielfältige Art ausgedeutet werden, lässt sich so über die formelle Präsenz von Repräsentanten als Sprechern hinaus auf eine inhaltlich-substanzielle Weise bestimmen.

5 Die prozedurale Dimension öffentlicher Kommunikation: Deliberativität

Legitimierung setzt voraus, dass Vertreter politischer Positionen vor dem freien Urteil von Bürgern darlegen, warum ihnen mit Vernunftgründen zum Wohl aller zugestimmt werden kann. Integration in einer heterogenen Gesellschaft kann nur gelingen, wenn alle und gerade auch die Vertreter minoritärer Positionen wahrnehmen können, dass sie zur Teilhabe im öffentlich ausgetragenen Streit zugelassen sind und dabei als im Grundsatz legitime Haltung respektiert werden, auch wenn sie am Ende keine Mehrheit für sich finden. Die elementaren Funktionen öffentlicher Kommunikation – Forum, Kritik und Kontrolle, Integration – werden daher nur eingelöst, wenn die Art, in der Positionen durch Medien und Kommunikationsplattformen öffentlich gemacht werden, spezifische Qualitäten aufweist.

Positionen müssen in ihren sachlichen und normativen *Geltungsgründen* wahrnehmbar werden. Erst dann werden das Rationalisierungspotenzial öffentlicher Kontroversen und damit auch ihr Potenzial zur Integration durch Konfliktkommunikation freigesetzt (Barkho 2013; Gastil 2008; Weißler 2008). Dem steht die Neigung insbesondere von Boulevardmedien zur Verknapfung auf „Sound Bites“ und die Tendenz insbesondere überregionaler Qualitätszeitungen zur selektiven Darstellung von Geltungsgründen im Sinne einer „instrumentellen Aktualisierung“ entgegen (fög 2014; Kepplinger 1989; McQuail 2009, 222f.). Das macht es nötig zu klassifizieren, wie begründet Positionen und „Ideen“ medial präsentiert werden.

Darüber hinaus ist es für die Qualifizierung öffentlicher Kommunikation von Bedeutung, wie konkurrierende Positionen miteinander in Beziehung gesetzt werden. Die öffentliche politische Auseinandersetzung kennt eine Reihe rhetorischer

und polemischer Formen. Dazu gehören die Dramatisierung und die moralische Überhöhung von Betroffenheit, der Wechsel von der Kritik von Positionen zur Diskreditierung ihrer Repräsentanten, die Skandalisierung von Verantwortlichkeit u. a. Hinzu kommt die Marginalisierung gegnerischer Positionen, die vor allem machtvolle Akteure aufgrund ihres privilegierten Zugangs zu den Arenen öffentlicher Kommunikation betreiben können. Mit Blick auf Letzteres betonen partizipatorische und kritische Ansätze der Öffentlichkeitstheorie die Notwendigkeit zuspitzender und polemischer Formen des politischen Angriffs, da gerade machtferne und minoritäre Positionen erst auf diesem Wege die nötige öffentliche Aufmerksamkeit für ihre Anliegen gewinnen könnten (Dahlgren 2005). Mouffe (2000) spitzt diese Überlegung zu einer Kritik des deliberativen Öffentlichkeitsverständnisses zu, dem sie vorwirft, mit den kommunikationsethischen Regeln des wechselseitigen Respekts, der Dialogizität und Argumentativität der Dominanz hegemonialer politischer Positionen, die durch Expertenwissen gestützt werde, auch noch im öffentlichen Raum das Wort zu reden. Aber auch Mouffes Konzept der „agonalen Demokratie“ setzt voraus, dass sich die Kontrahenten wechselseitig als legitime Teilhaber einer politischen Gestaltungsgemeinschaft anerkennen. Dieser politischen Voraussetzung muss der *Modus* der öffentlichen Auseinandersetzung *entsprechen*, wenn der öffentlich ausgetragene Streit eine zivilisierende und integrierende Funktion haben soll.

Daher ernennen deliberative Öffentlichkeitskonzepte die „Zivilität“ zu einer entscheidenden Qualität öffentlicher Kommunikation. Damit ist eine Art der Konfliktkommunikation gemeint, welche die prinzipielle Berechtigung konkurrierender Positionen anerkennt, indem auf Formen der moralischen, politischen oder rechtlichen Ausgrenzung verzichtet wird. Darüber hinaus hängt das Rationalisierungspotenzial öffentlicher Kommunikation (und in der Folge ihr Potenzial zur Legitimierung sowie zur Integration) davon ab, dass konkurrierende Positionen nicht nur nebeneinander gestellt werden, sondern sich aufeinander beziehen – und zwar in der Weise, dass den gegnerischen Positionen ihre sachlichen und / oder normativen Geltungsansprüche mit Gründen bestritten werden. Glasser schreibt diese Norm in erster Linie dem republikanischen Demokratieverständnis zu, für das eine Verständigung auf das „Gemeinwohl“ auf dem Weg der öffentlichen Deliberation, die partikuläre Standpunkte transformiert, kennzeichnend sei. Aber auch die liberale pluralistische Demokratiekonzeption sieht eine durch öffentliche Kommunikation bewerkstelligte „Aggregation“ von in individueller Freiheit verfolgten partikularen Interessen und Positionen vor, die kaum anders als in der Form einer verständigen Kompromissfindung gedacht werden kann (Glasser 2009, 96-105). *Dialogizität* und *Argumentativität* sind daher weitere wesentliche Bestimmungen für die Qualität öffentlicher Kommunikationsprozesse (Weßler

2008). Deren Evaluation sollte darüber Auskunft geben können, in welchem Verhältnis monologische und polemische zu dialogischen und argumentativen Kommunikationsformen stehen, in welchen Medien- und Kommunikationsarenen welche Formen übermittelt werden, welche Segmente des öffentlichen Raumes also die Gelegenheit zur Teilhabe an öffentlicher Deliberation erschließen und welche eine solche Teilhabe ausschließen.

Die *Notwendigkeit* der Deliberativität lässt sich dabei auch dann begründen, wenn eine Vielzahl der Bürger nach dieser Qualität nicht verlangt. Der öffentliche Streit um gute und aner kennenswerte Gründe und die Entwertung schlechter Begründungen bleibt der wesentliche Mechanismus, wie eine Minderheit aktiver und ggf. organisierter Bürger die Regierenden unter Rechtfertigungsdruck halten und so zur Verantwortlichkeit des Regierungshandelns beitragen (Ettema 2007; Glasser 2009, 100). Öffentliche Kommunikation mit deliberativen Qualitäten muss – unabhängig von Schwankungen der Nachfrage – als jederzeit mobilisierbare gesellschaftliche Ressource verfügbar bleiben. Sie ist die Voraussetzung dafür, dass Bürger ihre Freiheit zur Wahl in voller Kenntnis von Alternativen und Konsequenzen treffen können – ausgestattet mit einem „enlighthened understanding“ der Grundlagen ihrer Entscheidung (Dahl 1989, 307).

6 **Schluss: Relevanz, Pluralität und Deliberation – notwendige Bezugspunkte für die Analyse der Heterogenisierung öffentlicher Kommunikation**

„Die Demokratie ist ohne eine öffentliche Kommunikation, in der diese Normen Geltung haben, schlechthin nicht möglich.“

(Imhof 2013, 11)

Relevanz im Sinne der unverkürzten Breite der politischen Entscheidungsagenda sowie der Vielfalt gesellschaftlicher Erwartungen an gute Politik, Pluralität in dem substanziellen Sinn heterogener normativer Rahmungen für politische Streitfragen und Deliberativität als Kennzeichen für die Art der Verarbeitung der Konkurrenz von Meinungen und Positionen – diese Standards für die Qualität öffentlicher Kommunikationsprozesse lassen sich als *notwendige* Normen aus der Theorie der Öffentlichkeit begründen.

Welche weiterführenden Einsichten die Analyse von Relevanz, Pluralität und Deliberativität verspricht, lässt sich anhand ausgewählter *Fragestellungen* illustrieren:

Es ist vielfach beschrieben worden, dass sich Medienleistungen je nach publizistischem Format unterscheiden. Medien mit starker Konsumentenorientierung verschieben im Vergleich zu solchen mit der klassischen Orientierung an der Staatsbürgerrolle das Themenangebot: Raum bekommt das Interessante zu Lasten des Relevanten; Politik wird tendenziell auf Ereignisse mit Sensationscharakter oder Emotionalisierungspotential reduziert (FÖG 2013, 32; Imhof 2013b, 84; Mc Quail 2009, 223). Was bedeuten diese Differenzen in der Qualität publizistischer Angebote für die Funktionen der Öffentlichkeit? Das ist durchaus umstritten. Während die einen mit der Verletzung der klassischen Standards des Journalismus die Funktionen öffentlicher Kommunikation erodieren sehen (FÖG 2013, 2014), geben andere zu bedenken, dass die Heterogenität der publizistischen Formate derjenigen der Nutzerschaft entspricht und auch das Boulevardformat seine Nutzer auf die ihm angemessene Weise mit Politik in Kontakt hält (Friedrich & Jandura 2012). Der Nutzen für die Wahrnehmung der Staatsbürgerrolle bleibt dabei allerdings bloße Spekulation. Liefert denn der Boulevardjournalismus überhaupt die nötigen Informationsgrundlagen, wenn man dafür das „realistische“ Modell des „interpreting citizen“ zugrunde legt? Eine Erfassung der Themenagenda, die durch den Vergleich mit Politikagenda und Bürgeragenden als externen Bezugspunkten zeigen kann, wie umfassend die Nutzer über die Themen ins Bild gesetzt werden, die sie etwas angehen, oder wie eingeschränkt ihre Aufmerksamkeit mit Themen von Belang bedient wird, würde die Diskussion um die Rolle des Boulevardjournalismus auf eine aussagekräftigere Grundlage stellen. Eine Analyse des Spektrums von Value Frames würde darüber hinaus zutage fördern, inwiefern das Boulevardformat seinen Nutzern in ebensolchem Maße wie Produkte anderer publizistischer Formate die Wahl zwischen verschiedenen Perspektiven lässt, an denen sie ihre eigene Meinung bilden können, oder ob das Angebot eine Verengung des Interpretationshorizonts vorgibt. Auf diese Weise sollten weiterführende Aussagen zur demokratischen Performanz verschiedener Sektoren des Mediensystems möglich werden.

Öffentliche Kommunikation unterstellt einen über verschiedene Medien- und Kommunikationsarenen hinweg geteilten Themenhaushalt. Inwieweit wird diese Voraussetzung in einem sich weiter ausdifferenzierenden System von Informationsangeboten noch erfüllt? Was sind die Kernthemen, die überall aufscheinen? In welchen Bereichen bilden sich segmentäre Themenlandschaften aus? Wie stark ist der Raum öffentlicher Kommunikation fragmentiert? Für die öffentlichkeitstheoretisch relevante Frage, ob die thematischen Schnittmengen hinreichend groß sind, schafft der Vergleich mit Politikagenda und Bürgeragenden eine weiterführende Grundlage.

Mit der Verlagerung der Informationsnutzung zu Online-Medien vollzieht sich ein struktureller Wandel öffentlicher Kommunikation. Wie tiefgreifend die damit verbundenen Veränderungen in den Nutzungsoptionen und -routinen die

Funktionen öffentlicher Kommunikation berühren, hängt maßgeblich davon ab, ob mit diesem Wandel auch eine systematische Verschiebung in den Qualitäten der Informationsangebote verbunden ist. Zwar kommen etwa Oschatz, Maurer und Haßler vorläufig zu dem Schluss, dass die Qualität der Informationsangebote sich wohl zwischen Printmedien einerseits und Fernsehnachrichten andererseits unterscheidet, jedoch kaum zwischen Online- und Offlinemedien (2014, 38). Allerdings unterscheiden die Autoren dabei nur nach diesen groben Medienklassen und sagen daher über mögliche Veränderungen innerhalb einzelner Segmente des Mediensystems – also etwa im Vergleich von Online- und Offlineausgaben von Regionalzeitungen – nichts aus. Zudem empfehlen die Autoren, die dynamische Entwicklung weiter zu beobachten. Es fragt sich daher: Geht die Verlagerung journalistischer Angebote in die Netzwelt quer über verschiedene Sektoren des Mediensystems mit Qualitätsveränderungen einher? Oder wird erkennbar, dass mit der Verschiebung publizistischer Angebote in die Netzwelt Auswirkungen auf die Qualität verbunden sind? Eine plattformübergreifende vergleichende Analyse, die das Themenangebot und darüber hinaus qualitative Parameter der Themendarstellung wie die Deliberativität beschreibbar macht und für Online- und Offline-Medien differenziert ausweist, würde hierzu weiterführende Einsichten ermöglichen.

Es gibt erste Anzeichen, dass insbesondere in politisch wenig involvierten Milieus die Angebote des professionellen Journalismus durch die Funde auf Youtube und die in sozialen Netzen kursierenden Kurzbotschaften auf Twitter ersetzt werden (Bernhard, Dohle & Vowe 2014; Hölig & Hasebrink 2013). Als Konsequenz ist eine Stratifikation kommunikativer Teilhabe an Politik erwartbar (Bennett & Iyengar 2008). Eine Analyse in den Dimensionen Relevanz, Pluralität und Deliberativität könnte mehr Klarheit darüber schaffen, inwieweit damit Grundlagen einer die Gesellschaft in ihrer Heterogenität integrierenden Kommunikation tatsächlich erodieren – und damit auch eine Voraussetzung für das Gelingen von Demokratie.

Der sich vor unseren Augen vollziehende Wandel in den Kommunikationsroutinen setzt es auf die Tagesordnung: Es gibt Bedarf für umfassende und aussagekräftige Diagnosen, wie es um die demokratische Performanz öffentlicher Kommunikation bestellt ist. Solche Diagnosen machten den Wandel der Öffentlichkeit durchsichtig und beurteilbar. Das ist nötig, wenn die Gesellschaft die Veränderung der für ihre politische Verfasstheit konstitutiven öffentlichen Kommunikation nicht einfach geschehen lässt, sondern mit ihr selbstreflexiv umgehen will.

Literatur

- Barkho, Leon (Hg.) (2013): *From Theory to Practice. How to Assess and Apply Impartiality in News and Current Affairs*. Chicago: Chicago University Press.
- Barkho, Leon (2013): How Mainstream Media can learn from Philosophical Deliberations of Impartiality. In: Leon Barkho (Hg.): *From Theory to Practice. How to Assess and Apply Impartiality in News and Current Affairs*. Chicago: Chicago University Press, S. 23–48.
- Barkho, Leon (2013): Introduction. The Theory and Practice of Impartiality in News and Current Affairs. In: Leon Barkho (Hg.): *From Theory to Practice. How to Assess and Apply Impartiality in News and Current Affairs*. Chicago: Chicago University Press, S. 1–20.
- Bennett, Lance W.; Iyengar, Shanto (2008): A New Era of Minimal Effects? The Changing Foundations of Political Communication. In: *Journal of Communication* 58 (4), S. 707–731.
- Bernhard, Uli; Dohle, Marco; & Vowe, Gerhard (2014). Wie werden Medien zur politischen Information genutzt und wahrgenommen? *Media Perspektiven*, 3-2014, S. 159-168.
- Budge, Ian (Hg.) (2001): *Mapping Policy Preferences. Estimates for Parties, Electors, and Governments 1945–1998*. Oxford: Oxford University Press.
- Dahl, Robert A. (1989). *Democracy and its Critics*. New Haven, London: Yale University Press.
- Dahlgren, Peter (2005): The Internet, Public Spheres, and Political Communication. *Dispersion and Deliberation*. In: *Political Communication* 22 (2), S. 147–162.
- Decker, Frank (2004): *Der neue Rechtspopulismus*. 2. Aufl. Opladen: Leske+Budrich.
- Donsbach, Wolfgang; Büttner, Katrin (2005): Boulevardisierungstrend in deutschen Fernsehnachrichten. In: *Publizistik* 50 (1), S. 21-38
- Esser, Frank (2013): Mediatization as a Challenge: Media Logic Versus Political Logic. In Hanspeter Kriesi, Sandra Lavenex, Frank Esser, Jörg Matthes, Marc Bühlmann, & Daniel Bochslers (Hg.): *Democracy in the Age of Globalization and Mediatization*. Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 155-176.
- Ferree, Myra Marx; Gamson, William A.; Gerhards, Jürgen; Rucht, Dieter (2002): Four Models of the Public Sphere in Modern Democracies. In: *Theory and Society* 31 (3), S. 289–324.
- föG/Universität Zürich (Hg.) (2013): *Jahrbuch 2012. Qualität der Medien – Schweiz – Suisse – Svizzera*. Basel: Schwabe.
- föG/Universität Zürich (Hg.) (2014): *Jahrbuch 2014. Qualität der Medien – Schweiz – Suisse – Svizzera*. Basel: Schwabe.
- Friedrich, Katja; Jandura, Olaf (2012): Politikvermittlung durch Boulevardjournalismus. Eine öffentlichkeitstheoretische Neubewertung. In: *Publizistik* 57 (4), S. 403–417.
- Gastil, John (2008): *Political Communication and Deliberation*. Thousand Oaks: Sage.
- Glasser, Theodore L. (2009): The Principles and Practice of Democracy. In: Clifford G. Christians, Theodore L. Glasser, Denis McQuail, Kaarle Nordenstreng und Robert A. White (Hg.): *Normative Theories of the Media. Journalism in Democratic Societies*. Urbana: University of Illinois Press, S. 91–113.
- Grande, Edgar; Kriesi, Hanspeter (2012): The Transformative Power of Globalization and the Structure of Political Conflict in Western Europe. In: Hanspeter Kriesi, Edgar Grande, Martin Dolezal, Marc Helbling, Dominic Höglinger, Swen Hutter und Bruno Wüest (Hg.): *Political Conflict in Western Europe*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 3–35.
- Habermas, Jürgen (1988): *Theorie des kommunikativen Handelns*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Höglinger, Dominic; Wüest, Bruno; Helbling, Marc (2012): Culture versus Economy. The Framing of Public Debates over Issues related to Globalization. In: Hanspeter Kriesi,

- Edgar Grande, Martin Dolezal, Marc Helbling, Dominic Höglinger, Swen Hutter und Bruno Wüest (Hg.): *Political Conflict in Western Europe*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 229–253.
- Hölig, Sascha; Hasebrink, Uwe (2013). Nachrichtennutzung in konvergierenden Medienumgebungen. *Media Perspektiven*, 11-2013, S. 522-536.
- Imhof, Kurt (2003): Öffentlichkeitstheorien. In: Günter Bentele, Hans-Bernd Brosius und Otfried Jarren (Hg.): *Öffentliche Kommunikation. Handbuch Kommunikations- und Medienwissenschaft*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 193–209.
- Imhof, Kurt (2013): Die Demokratie, die Medien und das Jahrbuch. In: fög/Universität Zürich (Hg.): *Jahrbuch 2012. Qualität der Medien – Schweiz – Suisse – Svizzera*. Basel: Schwabe, S. 9–11.
- Jandura, Olaf (2011): Publizistische Chancengleichheit in der Wahlkampfberichterstattung? Eine Untersuchung zur medialen Repräsentation der im Bundestag vertretenen Parteien. In: *Publizistik* 56 (2), S. 181–198.
- Jandura, Olaf; Friedrich, Katja (2014): The Quality of Political Media Coverage. In: Carsten Reinemann (Hg.): *Political Communication*. Berlin: DeGruyter (Handbooks of Communication Science, 18), S. 351–373.
- Jarren, Otfried (2008). Massenmedien als Intermediäre. Zur anhaltenden Relevanz der Massenmedien für die öffentliche Kommunikation. *Medien und Kommunikationswissenschaft*, 56. Jg., H. 34, S. 329346.
- Jarren, Otfried, Künzler, Matthias, & Puppis, Manuel (Hrsg.) (2012): *Medienwandel oder Medienkrise? Folgen für Medienstrukturen und ihre Erforschung*. Baden-Baden: Nomos.
- Kepplinger, Hans Mathias (1989): Instrumentelle Aktualisierung. Grundlagen einer Theorie publizistischer Konflikte. In: Max Kaase, Winfried Schulz (Hrsg.): *Massenkommunikation. Theorien, Methoden, Befunde*. Opladen: WV, S. 199220.
- Kitschelt, Herbert (1994): *The Transformation of European Social Democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Korte, Karl-Rudolf; Fröhlich, Manuel (2004): *Politik und Regieren in Deutschland*. Paderborn: Schöningh.
- Marschall, Stefan; Weiß, Ralph (2011): Politikvermittlung in der repräsentativen Demokratie. In: *Politische Bildung* 44, S. 9–25.
- McQuail, Denis (2009): Media Roles under Challenge. In: Clifford G. Christians, Theodore L. Glasser, Denis McQuail, Kaarle Nordenstreng und Robert A. White (Hg.): *Normative Theories of the Media. Journalism in Democratic Societies*. Urbana: University of Illinois Press, S. 221242.
- Mouffe, Chantal (2000): *The Democratic Paradox*. New York: Verso.
- Oschatz, Corinna; Maurer, Marcus; Haßler, Jörg (2014): (R)Evolution der Politikberichterstattung im Medienwandel? Die Inhalte von nachrichtenjournalistischen Online- und Offline-Angeboten im Vergleich. In: *Medien und Kommunikationswissenschaft* 62 (1), S. 25–41.
- Pöttker, Horst (2013): Journalismus in der Krise. Ein differenzierungstheoretischer Erklärungsversuch. In Kurt Imhof, Roger Blum, Heinz Bonfadelli & Otfried Jarren (Hrsg.), *Stratifizierte und segmentierte Öffentlichkeit* (S. 29-45). Wiesbaden: Springer.
- Porto, Mauro P. (2007): Frame Diversity and Citizen Competence. Towards a Critical Approach to News Quality. In: *Critical Studies in Media Communication* 24 (4), S. 303–321.

- Sarcinelli, Ulrich (1998). Legitimität. In: Otfried Jarren, Ulrich Sarcinelli & Ulrich Saxer (Hrsg.). Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 253-267.
- Scharsach, Hans-Henning (2002): *Rückwärts nach rechts. Europas Populisten*. Wien: Ueberreuter.
- Schatz, Heribert; Schulz, Winfried (1992): Qualität von Fernsehprogrammen. Kriterien und Methoden zur Beurteilung von Programmqualität im dualen Fernsehsystem. In: *Media Perspektiven* 11, S. 690–712.
- Scheufele, Bertram; Engelmann, Ines (2013): Die publizistische Vermittlung von Wertehorizonten der Parteien. Normatives Modell und empirische Befunde zum Value-Framing und News Bias der Qualitäts- und Boulevardpresse bei vier Bundestagswahlen. In: *Medien und Kommunikationswissenschaft* 61 (4), S. 532–550.
- Schmidt, Manfred G. (2010). *Demokratiethorien. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS.
- Schulz, Winfried (2009): Politischer Medieneinfluss. Metamorphosen des Wirkungskonzepts. In: Frank Marcinkowski und Barbara Pfetsch (Hg.): *Politik in der Mediendemokratie*. Wiesbaden: VS, S. 103–125.
- Strömbäck, Jesper (2005). In Search of a Standard: Four models of democracy and their normative implications for journalism. In: *Journalism Studies*, volume 6, no. 3, S. 331-345.
- Wessler, Hartmut (2008): Investigating Deliberativeness Comparatively. In: *Political Communication* 25 (1), S. 1–22.
- Zerback, Thomas (2013): *Publizistische Vielfalt. Demokratischer Nutzen und Einflussfaktoren*. Konstanz, München: UVK.



<http://www.springer.com/978-3-658-15030-3>

Zwischen Integration und Diversifikation
Medien und gesellschaftlicher Zusammenhalt im
digitalen Zeitalter

Jandura, O.; Wendelin, M.; Adolf, M.Th.; Wimmer, J.
(Hrsg.)

2017, VII, 267 S. 13 Abb., 1 Abb. in Farbe., Softcover

ISBN: 978-3-658-15030-3